



BBU-Pressemitteilung 26.07.2013

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Nach Blockaden: Landesregierungen sollen Uranfabriken stilllegen

Endlagerung: Gorleben ist als Standort ungeeignet

Weitere Sommer-Proteste an Atommüll-Standorten in Vorbereitung

(Bonn, Hannover, Düsseldorf, 26.07.2013) Nach den Blockadeaktionen an den Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen) in dieser Woche fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) von den zuständigen rot-grünen Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover die Aufhebung der jeweiligen Betriebsgenehmigungen. Anti-Atomkraft-Initiativen hatten am Montag vor der Urananreicherungsanlage in Gronau und am Donnerstag in Lingen vor der Brennelementefabrik mit spektakulären Aktionen auf die Gefahren der Anlagen hingewiesen. Beide Anlagen sind nicht gegen Flugzeugabstürze ausgelegt, in beiden Anlagen fällt Atommüll an, für den es keine sichere Entsorgung gibt und im Zusammenhang mit dem Betrieb der beiden Anlagen sind zahlreiche hochgefährliche Atomtransporte verbunden.

Für den BBU ist es nicht akzeptabel, dass in Gronau und in Lingen Uran für den Einsatz in zahlreichen Atomkraftwerken vorbereitet wird. "Wer aus der Atomenergie aussteigen will, darf die Atomanlagen in Gronau und Lingen nicht weiter laufen lassen", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Und er betont: "Wenn die Landesregierungen in NRW und Niedersachsen ernsthaft das Ende der Atomenergienutzung wollen, dann dürfen sie nicht tatenlos zusehen, wie weiterhin Uran in Gronau und Lingen verarbeitet wird."

Nach Auffassung des BBU dürfen die beiden Landesregierungen nach den jüngsten Protesten nicht einfach zur Tagsordnung übergehen. Und der Verband, der sich bereits seit Jahrzehnten gegen Atomanlagen engagiert, rundet das Forderungspaket ab: "Natürlich muss Niedersachsens Umweltminister Wenzel auch das Atomkraftwerk Lingen 2 stilllegen", so Buchholz. Das Atomkraftwerk gefährdet weite Teile der Bevölkerung in der

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmwRG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

Bundesrepublik, aber auch in den benachbarten Niederlanden. Außerdem produziert es Atommüll, für den kein sicheres Endlager in Sicht ist.

Endloses Atommülldilemma

Das Bundesumweltministerium gab heute bekannt, dass das Standortauswahlgesetz für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle im Bundesgesetzblatt verkündet wurde und morgen (27. Juli) in Kraft tritt. Laut Umweltminister Altmaier beginnt damit die ergebnisoffene Suche nach einem Standort für ein Endlager. Der BBU kritisiert, dass es noch überhaupt keine umfassende Bestandsaufnahme über jeglichen bereits vorhandenen Atommüll gibt. "Anstatt weiteren Atommüll in Gronau, Lingen und anderswo produzieren zu lassen, kann nur die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen dazu beitragen, dass die Atommüllberge nicht ständig anwachsen", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Der BBU und die im BBU organisierte Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg betonen mit Nachdruck, dass Gorleben als Endlagerstandort ungeeignet ist und nicht weiter zur Diskussion stehen darf. In einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative vom heutigen Freitag heißt es dazu: "Wichtige überfällige Schritte, um Gorleben in diesem "ungleichen Verfahren" nicht über alle Maßen als Standort zu pushen, wären die Zurücknahme des Rahmenbetriebsplans aus dem Jahr 1983, auf dessen Basis das Endlagerbergwerk ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung für 1,6 Milliarden ausgebaut wurde."

Weitere Proteste gegen Atommüllproduktion und für den Sofortausstieg

Der BBU weist darauf hin, dass auch im Hoch- und Spätsommer immer wieder Anti-Atomkraft-Aktionen stattfinden werden, bei denen auch immer wieder die ungelöste Atommüllfrage thematisiert werden wird. So wird z. B. in Gorleben am 24. und 25. August ein Widerstandsmarathon stattfinden. Und in Duisburg und Braunschweig wird am 14. September zeitgleich gegen dortige Anlagen zur Atommüllbehandlung demonstriert.

Hier eine (unvollständige) Sommer-Aktionsübersicht:

bis zum 27. Juli: Anti-atom-Camp in Metelen, <http://antiatomcamp.nirgendwo.info/>

bis zum 27. Juli: Anti-Atom-Karawane vom AKW Brokdorf nach Hamburg, <http://www.brokdorf-akut.de/>

24. und 25. August: Widerstandsmarathon in Gorleben, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/>

14. September: Demonstration in Duisburg, <http://www.antiatom-buendnis-niederrhein.de/>

14. September: Demonstration in Braunschweig, <https://www.biss-braunschweig.de/>

14. September: Demonstration gegen das AKW Cattenom, <http://www.cattenom-non-merci.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.